



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Kaiser und Kanzler

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Kaiser und Kanzler



s wird Ihnen nicht gelingen, dem Kaiser Wilhelm im Deutschen Reiche zu verbieten, daß er zu seinem Volke spricht . . . wie wollen Sie einem Könige verbieten, über die Geschicke des Landes, welches er regiert, eine eigne Meinung zu haben und sie zu äußern! Wenn die andre Ansicht richtig wäre, so wäre es gleichgültig, wer regierte. — So sprach sich Fürst Bismarck am 29. November 1881 im Reichstag über eine Frage aus, die während seiner Zeit nur einmal aufgeworfen wurde, die aber in unsern Tagen fast ausschließlich den Grundton aller öffentlichen Erörterungen abgibt, und deren Gegenstand immer wieder hin und her gerollt wird, ohne doch eigentlich seine Lage zu verändern. Wie Freiherr von Mittnacht in seinen vor kurzem veröffentlichten Erinnerungen schildert und damit der allgemeinen Auffassung Recht gibt, trat Bismarck in der Öffentlichkeit „vermöge seiner Stellung als Minister handelnd und sprechend mehr und häufiger hervor und den Zeitgenossen näher als der Monarch, der politische Unterhaltungen und persönliche Auslassungen nicht liebte.“ Aus dieser Neigung Kaiser Wilhelms des Ersten erklärt es sich hinreichend, daß Bismarck nur einmal zu dieser politischen Frage Stellung nahm, auf die zurückzukommen er sich in der Gegenwart unzweifelhaft mehrfach veranlaßt gefühlt hätte. Die erwähnte Äußerung des Altreichskanzlers bezog sich auf die mannigfachen Kritiken, die der kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881, die doch vom Reichskanzler gegengezeichnet war, gefolgt waren und das Recht des Monarchen bezweifelten, sich direkt an das Volk zu wenden. Der doktrinaire Liberalismus aus den dreißiger und vierziger Jahren, nach dessen Ansicht ein Monarch überhaupt nicht wohl daran tut oder eigentlich gar nicht das Recht hat zu reden, machte gegen den Begründer des Deutschen Reiches mobil und wollte ihm sogar bestreiten, selbst schriftlich zu dem deutschen Volke zu reden. Da hielt Bismarck für nötig, das Recht seines Kaisers zu wahren.

Es kann eigentlich gar nichts Widersinnigeres geben als die Auslegung der in den Verfassungen der monarchischen Staaten enthaltenen Bestimmung, wonach alle staatsrechtlichen Akte des Monarchen von dem die Verantwortung vor dem Gesetz tragenden Minister zu unterzeichnen sind, in dem Sinne, daß der Monarch nicht reden dürfe, weil eine Rede nicht gegengezeichnet werden

könne. Danach stünde ja der Monarch in niedrigerem Rechte als der geringste seiner Staatsbürger, er dürfte eigentlich nicht einmal mehr einen Toast erwidern oder den Willkomm eines Bürgermeisters beantworten. In England ist es wohl Brauch geworden — namentlich war es unter der langen Regierung der Königin Viktoria so —, daß sich die Krone ausschließlich auf die Kontratsignierung der ministeriellen Akte beschränkt. Aber Fürst Bismarck bemerkte in der erwähnten Reichstagsitzung weiter: „Wir unterscheiden uns von England dadurch, daß wir eine geschriebne Verfassung haben, die ganz klar die Rechte des Königs und Kaisers in Deutschland und Preußen, in Bayern und Sachsen, in Württemberg und in allen übrigen Staaten definiert, und daran allein habe ich mich zu halten. Danach muß ich erklären, daß ich auf dem Standpunkt durchaus nicht stehe, als ob der Kaiser im Deutschen Reiche nicht zu seinem Volke sprechen dürfte, nicht zur Nation.“ — Man hätte meinen sollen, damit wäre die Frage für Deutschland abgemacht gewesen, aber hergebrachte Lehrmeinungen haben ein zähes Leben.

Zu den Zeiten des Absolutismus war es selbstverständlich nicht üblich, daß ein Monarch an sein Volk Ansprachen hielt, auch in neuerer Zeit reden die meisten Monarchen nicht, aber in der Hauptsache doch allein deshalb nicht, weil nur wenigen die Gabe der Rede eigen ist. Namentlich durch die Zurückhaltung des alten Kaisers während seiner langen, an großen Geschicken so reichen Regierung hatte sich die Gewohnheitsanschauung gebildet, daß der konstitutionelle Fürst nicht als Redner hervortreten dürfe. Wer von den Fürsten zu reden vermochte, hielt sich natürlich nicht daran, und der Großherzog von Baden hat sich nicht abhalten lassen, bei zahlreichen Anlässen in begeisterten Worten über die glückliche Lage des jungen Reiches zu sprechen, worauf ihm jedesmal in der gesinnungstüchtigen Presse der Tadel ob solches „unkonstitutionellen“ Gebarens nicht erspart blieb. Auch von einem der sonst zurückhaltendsten Monarchen, dem Kaiser Franz Joseph, ist bekannt, daß er bei jedem Empfang der Delegationen einzelnen Herren in sehr höflicher aber oft recht entschiedner Weise seine Meinung gesagt hat. Davin hat noch niemand etwas inkonstitutionelles gefunden, denn die Äußerungen des Monarchen, die meist sehr kurz waren, paßten den Kritikern in ihren Parteikram. Über die Länge solcher Reden steht erst recht kein Wort in irgend einer Verfassung. Auch dem Kaiser Wilhelm dem Zweiten ist es geschehen, daß seine Reden in den Blättern ohne „konstitutionelle“ Bedenken, ja sogar mit vollständiger, wenn nicht begeisterter Zustimmung aufgenommen wurden, sobald sie den Parteien zusagten, in andern Fällen — und die waren die Regel — kam nicht selten die bittere Kritik von allen Seiten.

Kaiser Wilhelm der Zweite ist nun ein ganz moderner Mensch, er hat nicht umsonst Gymnasium und Universität besucht; mit einer erstaunlichen Vielseitigkeit und Beweglichkeit der geistigen und der gemüthlichen Interessen verfolgt er alle Bestrebungen, die Kopf und Herz in Bewegung setzen, und mit lebhaftem Temperament und hinreißender Beredsamkeit nimmt er zu ihnen Stellung. Niemand vermag sich dem Eindruck, den diese Lebensäußerungen einer machtvollen Individualität jedesmal erzwingen, zu entziehen, man erkennt

immer mehr darin die Offenheit und die Reinheit, den idealen Schwung und die hohe Auffassung seiner Rechte und Pflichten auch in Kreisen, in denen man nicht immer mit jeder einzelnen Meinung einverstanden ist. Namentlich im Auslande ist man, im guten wie im bösen Sinne, aus Liebe oder aus Haß, längst zu der Anschauung gekommen, daß der Kaiser eine zu reich begabte und eigen geartete Persönlichkeit sei, als daß man sie über den hergebrachten politischen Ramm scheren könnte. Wer im Auslande gereist ist, weiß, welche einmütige Bewunderung und herzliche Anhänglichkeit die Deutschen in der Ferne für ihn hegen, und welche Achtung vor ihm bei den Angehörigen anderer Nationen besteht. Es ist eine charakteristische Erscheinung, daß die Gestalt des Kaisers in der Entfernung mehr und mehr wächst, und von allem Nebensächlichen befreit, ihre Umgebung überragt. Der ausgeprägt persönliche Charakter, den seine Regierung trägt, erscheint an sich schon als eine erfrischende Wohltat in der Neuzeit, die den Rückgang des Parlamentarismus in allen Kulturstaaten der Welt vor Augen hat und daraus die Sehnsucht nach der Leitung durch starke Persönlichkeiten schöpft. In Deutschland ist man noch am weitesten zurück, diesen Eindrücken öffentlich Rechnung zu tragen, jedermann schämt sich förmlich, die persönliche Bedeutung seines Kaisers anzuerkennen und sich in den Hauptsachen mit dem Ziel und dem Wirken seiner Regierung zufrieden zu erklären. Man gibt, weil jeder Deutsche nun einmal immer alles besser zu verstehn glaubt als der andre, jeder Einflüsterung demokratischer Blätter Gehör und vernimmt mit Genuß und innerer Befriedigung jeden Tadel „nach oben“ von der Rednerbühne im Parlament oder in Versammlungen, während doch die einfachste Selbstprüfung und Überlegung zu dem Ergebnis führen müßten, daß kaum einer der Kritiker und Redner an die reichbegabte Persönlichkeit des Kaisers heranreicht, ganz abgesehen davon, daß ihnen fast in allen Fällen seine genaue Kenntnis der politischen Sachlage gänzlich mangelt. Darum schon muß ja eine solche Kritik stümperhaft ausfallen, wenn sie auch noch so sehr mit dem Ton der Überlegenheit vorgetragen wird, oft auch gar nicht eine reine Überzeugung widerspiegelt, sondern allein den Zweck hat, die Gemütslage des Lesers oder des Hörers in einer bestimmten Richtung zu bearbeiten, um ihn für die oder jene Partei einzufangen. Der deutsche Bürger und Wähler denkt gar nicht daran, daß er durch solches Verhalten den weitem Verfall auch des deutschen Parlamentarismus fördert und den Zustand verschlimmern hilft, den Fürst Bismarck schon am 28. November 1881 beweglich mit den Worten schilderte: „Wir sind zurückgegangen, wir sind heruntergekommen und wissen, wenigstens viele von uns, selber nicht wie. Mir aber ist es klar, daß wir heruntergekommen sind; das, was das Schwert uns Deutschen gewonnen hat, wird durch die Presse und die Tribüne wieder verdorben.“ Dieses Wort zitieren die nie, die heute nicht müde werden, die Zeiten Bismarcks gegen die Gegenwart, gegen den Kaiser und seine Regierung anzurufen.

Vom Kaiser Wilhelm dem Zweiten, über den Bismarck einmal selbst gesagt hat, „der wird sein eigener Kaiser und Kanzler werden,“ war von vornherein nicht zu erwarten, daß er etwa „wie die fränkischen Merowinger auf dem friedlichen Ochsenwagen durch das Land fahren und seine Hausmeier

regieren lassen“ werde. Ihm war es beschieden, das reiche Erbe an Macht und Ansehen, das ihm seine Vorfahren hinterlassen haben, in verhältnismäßig jungen Jahren anzutreten, unmittelbar, ohne die ernüchternde Wartezeit eines langen Kronprinzentums, mit feurigen Hoffnungen und idealen Plänen die Herrschaft zu ergreifen, aber auch mit dem von einem starken Willen getragenen festen Entschluß, die Erfüllung der Pflichten seines hohen Amtes in rastloser Arbeit zu erstreben. Auf zahlreichen Gebieten galt es, Versäumtes nachzuholen, auf andern Neues zu gestalten, damit das Vaterland nicht Gefahr laufe, vielleicht in nicht fernen Zeiten darunter zu leiden, daß nicht alles geschehen war, die Entwicklung schwieriger Verhältnisse auf der normalen Höhe zu halten. Unvermeidlich war es dabei, daß mancher Beschluß gefaßt und mancher Weg eingeschlagen wurde, der nicht den Wünschen, Gewohnheitsanschauungen und Interessen aller entsprach, daß auch den Kaiser manche Enttäuschung traf, die nicht nur ihm, sondern auch seinem Volke zur Empfindung kam. An verschiedenen Meinungen über den richtigen Weg im einzelnen wird es ja zu keiner Zeit fehlen und hat es auch in den Tagen des Kaisers Wilhelm des Ersten nicht gefehlt, und dem menschlichen Irrtum, der bei bedeutenden Persönlichkeiten leicht einem Übermaß von Vertrauen auf die eignen Fähigkeiten entspringt, mag unser Kaiser ebensosehr wie irgend ein anderer Sterblicher ausgesetzt sein, aber von wirklichen „Entgleisungen,“ die seit dem Rücktritt Bismarcks von Jahr zu Jahr vorausgesagt worden sind, ist doch nichts zu bemerken gewesen. Dagegen hat sich der Kaiser stark erwiesen im schweren Kampfe mit den eignen Verstimmungen und trotz vielem Übelwillen und geringem Entgegenkommen den Stein des Sisyphus immer wieder vorwärts zu bringen gesucht, gerade hierin an Bismarck erinnernd. Die Hauptlinien seiner Absichten und seiner Arbeit haben sich immer als groß erwiesen.

Kaiser Wilhelm hat das deutsche Denken verändert: wir fahren zur See. Trotz aller Schwärmerei des deutschen Liberalismus für eine deutsche Flotte, solange wir nämlich noch keine hatten, ist sie für unsre Landsleute doch etwas ganz neues. Auch in Norddeutschland waren die Erinnerungen an die Zeiten der seemächtigen Hanse und des Großen Kurfürsten, dessen erster Versuch einer See- und Kolonialpolitik von den Nachfolgern wieder aufgegeben worden war, erloschen. Friedrich Wilhelm der Dritte hielt für gut, in dieser Beziehung nicht über den Großen Friedrich hinauszugehn, der ohne Flotte fertig geworden war, und Friedrich Wilhelm der Vierte begnügte sich damit, die brauchbaren Schiffe der aufgelösten, im Jahre 1848 geschaffnen deutschen Flotte für Preußen zu erwerben. Der Deutsche Bund war nicht einmal zu gemeinsamen Maßregeln für den deutschen Küstenschutz zu bewegen. Die beschämende Tatsache, daß sogar das schwache Dänemark zu verschiedenen malen imstande gewesen war, die deutschen Häfen unter Blockade zu nehmen, führte zur Gründung einer mäßigen deutschen Flotte, die wenigstens solche Demütigungen fernzuhalten vermochte. Diese Schöpfung war als reine Verteidigungsmaßregel gedacht, Pläne auf eine aktive See-, Handels- und Kolonialpolitik waren damit nicht verbunden. Man mag es heute beklagen, daß die Flottenfrage und die sich von selbst aufdrängende Kolonialpolitik unter solchen Anschauungen begonnen und geleitet

wurde; die Gegenwart mag es schwer empfinden, daß Deutschland einen ganz andern „Platz an der Sonne“ haben würde, wenn die Angelegenheiten der Flotte schon ein Jahrzehnt früher mit der heutigen Energie betrieben worden wären: aber wir haben deshalb kein Recht, denen zu grollen, die in großer Zeit so Großes geleistet haben und nicht mehr Zeit und Stimmung fanden, Vorbereitungen für eine Zukunft zu treffen, die ihrem Wirkungskreise noch fern zu liegen schien. Noch weniger aber dürfen wir denen Vorwürfe über Schwäche und unnötige Rücksichten gegen das Ausland machen, die heute mit uns darunter leiden, und denen zum Teil die Hände noch gebunden sind. Nein, wenn wir die wahren Epigonen jener Großen unsers Volks sein wollen, haben wir gar nicht erst die Zeit mit Rekrimationen nach dahin und dorthin zu verlieren, sondern mit Doppelschritten einzuholen, was uns als Versäumnis erscheint. Denn ein Volk bleibt doch nur dann jung, wenn sich jede Generation rüstet, als ob sie die erste sei; als ob das Höchste und Herrlichste gerade ihr zu erringen beschieden sei. Sie mag es dann ganz ruhig der Geschichte überlassen, darüber zu entscheiden, ob ihr Streben echt und ursprünglich war, und wie weit sie dem gewollten Ziele nahe gekommen ist.

Wo soll aber die lebende Generation die Kräftigung zu solchem Streben suchen, woher soll sie das Feuer nehmen, das die Blut entfacht, woher den Stoff, der sie unterhält? Vielleicht vom Reichstag, dessen Budgetkommission — also doch ausgewählte parlamentarische Männer — noch im Frühjahr eifrig beflissen war, eine Anzahl von Offizierstellen für Kiautschou zu streichen, während der russisch-japanische Krieg schon im Gange war? (Das Plenum des Reichstags hat den Beschluß hinterher unter dem Druck der Ereignisse wenigstens in der Hauptsache abgelehnt.) Vom Reichstage, der die Kolonialpolitik mit der größten Anaußerei betreibt und namentlich den Bau der Kolonialbahnen bis auf den heutigen Tag verzögert hatte, sodaß eine überängstliche Kolonialverwaltung, die in dieser Beziehung eine schwere Schuld trifft, sich mit gar keiner ernstern Forderung zu kommen getraute und Kolonialbeamte bevorzugte, die am billigsten zu wirtschaften versprochen? Heute sind wir infolge davon in einen Krieg in Südwestafrika verwickelt, der mehr Millionen kosten wird, als man in einem Jahrzehnt Hunderttausende erspart zu haben glaubte. Oder soll die Anregung bei gealterten Parteien gesucht werden, deren gesamte Tätigkeit bloß auf Wahlkreisplussmacherei hinausläuft, und die für das Vaterland kaum eine Rede riskieren würden, wenn sie dadurch unpopulär werden und ein Mandat einbüßen könnten? Solange unser sogenanntes öffentliches Leben noch ein so dürftiges Gesicht trägt, so lange ist in nationalen Dingen kaum anders voranzukommen als durch die Initiative der andern Macht, die neben den Parlamenten und über den Parteien steht: das sind die Bundesfürsten. Von ihnen hat auch Bismarck mehrfach gesagt, daß er auf sie sein Vertrauen setze, nachdem die nationale Durchschlagskraft des Parlaments, auf die er gerechnet hatte, versagt hatte. Um die Bundesfürsten und den Kaiser müssen sich die schöpferischen Geister des Deutschlandums scharen, durch sie müssen sie die Kraft erlangen, deren sie bedürfen, um den Mangel an politischem Geist durch ihren Einfluß zu ersetzen.

Die Deutschen waren so lange ohnmächtig, daß sie noch heute nicht wieder fassen, was Macht ist. Der Deutsche vor hundert Jahren war arm und machtlos, er wurde verachtet, verhöhnt und betrogen. Er war unverdrossen der Knecht der andern, seine Fluren waren ihre Schlachtfelder, und seine geringe Habe, die er nach der Väter Brauch erwarb, wurde vernichtet und zerstreut. Auf ihm lastete das Verhängnis, daß er die Idee des Vaterlandes nicht mit Händen greifen konnte, an den Farben des Heeres, an der Flagge jedes Schiffes im Hafen, an den tausend sichtbaren Zeichen, womit der Staat den Bürger überzeugt, daß er ein Vaterland hat. Auf seinem Gemüt lag der Druck, den von allen Ausländern nur der Italiener verstehn konnte, daß vor Jahrhunderten sein Land ein mächtiges Reich gewesen war. Sein Partikularstaat, den er sonst liebte, gewährte ihm dafür doch keinen rechten Ersatz, am meisten war das noch in Preußen der Fall, das unter dem Großen Kurfürsten, unter Friedrich dem Zweiten und in den Befreiungskriegen erinnerungsreiche Tage gesehen hatte. Der allgemeine Drang nach Einheit ging so tief, daß die internationale Demokratie, die ihre Weisheit aus einer einseitigen Auffassung der französischen Revolution zog, für gut fand, ihn für ihre Zwecke zu verwerthen. Dadurch entstand die zwiespältige Bewegung der dreißiger und der vierziger Jahre, die trotzdem zu dem Ergebnis führte, daß der erste konstituierende deutsche Reichstag in der Paulskirche zu Frankfurt a. M. den preußischen Erbkaiser für Deutschland verlangte. Die weitere Entwicklung brachte das vieltragende Ereignis, daß die bedeutendste Erhebung der Republikaner — die überhaupt keinen Kaiser wollten, am wenigsten einen preußischen —, angeblich für die Reichsverfassung mit dem Erbkaiser, unter der Führung des preußischen Prinzen niedergeschlagen wurde, der später der erste deutsche Kaiser werden sollte. Vielleicht wäre König Friedrich Wilhelm der Vierte durch einen glücklichen Verlauf kriegerischer Ereignisse doch noch genötigt worden, damals die deutsche Kaiserkrone anzunehmen, wenn ihn nicht in den Auseinandersetzungen mit Osterreich allein der Zustand der preußischen Heeresverhältnisse, wofür Bismarck selbst im Gegensatz zur landläufigen Meinung Zeuge ist, veranlaßt hätte, dem Kampfe auszuweichen und lieber die Demütigung von Olmütz zu ertragen. Das erste Jubellied der Lerche der deutschen Einheit erklang erst über dem Schlachtfelde von Königgrätz. Das deutsche Volk hat aber ganz Recht gehabt, daß es in seiner großen Mehrheit zur Zeit seiner Wiedergeburt in der Kaiserwürde den Schlüsselstein des neuen gewaltigen Reichsgebäudes sah. Diese Würde mit allen ihren Folgen stellt uns im Innern die Einheit dar, und nach außen hin ist sie erst recht von praktischem Werte. Das Ausland wird immer hinter dem deutschen Kaiser ein Volk von großer Wehrkraft, von hoher Kultur, von reich entfalteter wirtschaftlicher Entwicklung sehen.

Deutschland ist so plötzlich groß geworden, daß es für sein Volk nicht so leicht ist, in den neuen Leib hineinzuwachsen, es kann sich nur schwer darin zurechtfinden. Das plötzlich über das Land hereingebrochne Machtgefühl, mit dem eine überraschende Zunahme des deutschen Ansehens im Auslande verknüpft war, der bare Zuschuß von vier Milliarden Mark, die die unvergleichlichen Siege des Heeres erworben hatten, die das gesamte Geschäftsleben befruchteten

und allen Volkskreisen ermöglichten, ihre materielle Lebensführung in einem Maßstabe zu erhöhen, an den ihre Väter gar nicht zu denken gewagt hätten, brachte über das auf eine solche Wendung gar nicht gefaßte Volk eine Stimmung, die sich in gesteigertem Selbstgefühl bis zur politischen Prahlerei, in Genußsucht und Völlerei, in einer gewissen Sorglosigkeit nach innen und nach außen äußerte: man fühlte sich „saturiert“ bis in die höchsten Kreise. Das konnte eine Reihe von Jahren angehn, aber es nahten die Tage, die es nötig machten, daß ein „Marmfriße“, ein „Gondelwilly“ erschien. Alle Rechnungen, die man aufgestellt, alle Meinungen, die man sich gebildet hatte, waren falsch, denn sie waren auf irrigen, unverständnen Grundlagen aufgebaut. Der Vorteil, der Deutschland zugeflossen war, war eigentlich noch viel größer, weil es die Kriege in Feindesland zu führen imstande gewesen war und alle Verwüstungen, die damit nun einmal verknüpft sind, von Osterreich und namentlich von Frankreich ertragen worden waren. Der Vermögensunterschied zugunsten Deutschlands betrug keineswegs nur vier Milliarden, sondern belief sich auf das drei- bis vierfache. Aber was wollen zwölf Milliarden in unsrer Zeit sagen, in der in andern Ländern die Milliardenäure ebenso aus der Erde wachsen wie bei uns die Millionäre?

Deutschland ist immer noch ein armes Land. Der Satz der Proklamation des Königs Wilhelm, mit der er am 7. Januar 1861 den Thron bestieg: „Es ist Preußens Bestimmung nicht, dem Genuß der erworbnen Güter zu leben,“ ist wohl vergessen worden, aber er gilt noch heute, und zwar für ganz Deutschland. Denn wir sind eigentlich noch immer arm und müssen fort hart und bitter arbeiten, und der Kaiser selbst wohl am meisten. Und wenn wir uns etwas erarbeitet haben, so haben wir noch lange nichts überflüssig, sondern müssen auch das erworbne Kapital wieder mitarbeiten lassen. Denn wir haben keinen Zustrom des Reichtums aus üppigen Kolonien und müssen unsre ganze Geisteskraft einsetzen, um in der gewerblichen Erzeugung und im Handel andern da und dort ein wenig vorzukommen, denn hierin besteht für uns die einzige Möglichkeit, als Volk einen Vorteil zu erreichen. Mit sicherem Blick erkannte der Kaiser, wo die dauernden Elemente der Bismarckischen Staatskunst liegen, wo die Gewalt der Verhältnisse, das frischquellende Leben der Nation den engen Rahmen gesprengt haben, den Bismarck seiner Politik noch hatte ziehn müssen. Die mühselige Arbeit des Volks hatte Deutschland industriell zu einer imposanten Höhe emporgehoben und den gesamten Erdball mit einem Netz von deutschen Handelsinteressen umspinnen. Der Kaiser war der erste, der erkannte, daß der Ausbau der deutschen Flotte dieser Entwicklung des Gewerbelebens folgen müsse. Er selbst stellte sich an die Spitze dieser Arbeit für sein Volk, sein Arbeitszimmer sieht aus wie das Museum eines Marineingenieurs, und nicht selten beschäftigt er sich mit Entwürfen für Kriegsschiffe. Er kennt die Flottenverhältnisse der ganzen Welt ganz genau und sendet den hohen Herren des Reichstags alljährlich von ihm selbst angefertigte Schiffstabellen. Damit hat er sie überzeugt, daß sie in dem Ausbau der Flotte nicht mehr eine mystische Überspannung des Begriffs der Monarchie sehen, und wenn auch mit Zögern, doch ohne ihre sonstigen Parteibedenken wenigstens das Allernot-

wendigste bewilligen. Ein besondrer Wendepunkt war auch auf Einladung der Reichsregierung der parlamentarische Jugendschein bei der Nordostseekanalfeier im Jahre 1895; da wurde dem gesamten Reichstage die Rückständigkeit unsrer Flotte gegenüber den Schiffen anderer Großmächte gezeigt, und das war ein wichtiger Hebel für die Entwicklung der Gesetzgebung zugunsten der deutschen Flotte.

Der Kaiser hat durch die Schöpfung einer stärkern Flotte, durch die tatkräftige Förderung der Seeschifffahrt und durch die „Weltmachtspolitik“ der Nation eine neue Richtung gegeben, auf die sie bereitwilliger eingeht, als den alten Parteien recht ist. Er weiß auch vollkommen, daß nur ein wirtschaftlich vollsaftiges Volk auf die Dauer die Kraft hat, die schwere Rüstung zu tragen. Mit Energie betreibt er darum den Plan, das wirtschaftliche Getriebe durch langfristige Handelsverträge zu sichern und die deutschen Ströme durch ein großangelegtes Netz von Kanälen zu verbinden und so den Osten und den Westen, die oft hadern und auseinandergehen, einander näher zu bringen. Wie einst Bismarck stößt er mit so weitfichtigen Plänen auf den blöden Hödur der deutschen Parteisucht, die seit der kurzen Dauer des neuen Deutschen Reichs schon manches Gute aufgehalten, aber noch niemals ganz zu hindern vermocht hat. Denn alles, was der Deutsche von jetzt an denkt, denkt er doch ganz anders als zuvor, seitdem er sich nun bewußt geworden ist, daß er zur See fährt. Welchen Reiz können ihm da noch die europäischen oder gar die parteipolitischen Händel bieten? Mißmutig legt er das Zeitungsblatt aus der Hand, das ihm als große Neuigkeit nur zu melden weiß, daß etwa wieder ein Nationalliberaler irgendwo durch eine Rede den Glanz seiner Partei erneuert, oder daß ein Konservativer begeisterten Beifall gefunden hat. Das ist nichts mehr für ihn, denn Deutschland fährt zur See, nicht unter dem Banner irgend einer Partei, sondern unter der kaiserlichen schwarz-weiß-roten Flagge. Wer den deutschen Machtgedanken der Zukunft einmal in sich aufgenommen hat, dem müssen die kleinlichen Parteistreitigkeiten oder die mazedonischen Unruhen wie alberne Tierquälereien vorkommen. Die Vorgänge in Ostasien, an denen Deutschland, wenn auch noch nicht direkt, in hervorragendem Maße beteiligt ist, beweisen, daß die Annahme, die Welt sei längst verteilt, kurzfristig war. So weit die geschichtliche Erinnerung reicht, haben alle Gebiete zu jeder Zeit irgend jemand gehört; die Herrschaftsfrage ändert sich aber im Lauf der Zeiten, und Herr bleibt nur der Tüchtige. Das hat doch gerade Deutschland auf seinem eignen Gebiete viele Jahrhunderte lang schmerzlich genug erfahren. Die Geschichte wie das Leben erkennen endgiltig kein Recht an als das der Tüchtigkeit. Solche Gedanken laufen nun keineswegs auf eine brutale Eroberungspolitik hinaus, mit Flaggenhissen und Beraubung des Schwächern ist in Zukunft nicht viel mehr zu machen, darin sind wir sicher zu spät gekommen, aber die Formen des politischen Erwerbs wechseln, bleiben jedoch immer Machtfragen.

Das Ideal der Zukunft des Kontinents ist die Vereinigung seiner Staaten zu einer großen europäischen Konföderation, es muß Weltteilpolitik getrieben werden. Die Dreibundpolitik des Fürsten Bismarck hat dazu den Grund gelegt, in seinen Anfängen liegt das Werk jetzt schon in der Stellung Deutschlands zu

den Mächten vor. An die Stelle der Gleichgewichtskriege in Europa sind seitdem die Gleichgewichtsbündnisse getreten, das Bedürfnis der Völker nach friedlicher Entwicklung drängt auf dieser Bahn weiter. Die letzte Schöpfung Bismarcks war eine ganz neue Erscheinung und noch ohne Beispiel in der Geschichte, daß Bündnisse den Frieden verbürgen und die Gewähr dafür bieten, daß keine Veränderungen eintreten. Die großen politischen Gruppen, in denen sich die mächtigsten Staaten unsers Kontinents seitdem zusammengefunden haben, sind nur noch durch eine papierne Wand davon getrennt, sich in ein Bündnis zusammenzuschließen zur Wahrung der Interessen des Weltteils. Der politische Friede Europas ist die notwendige Voraussetzung für jede wirtschaftliche Weltmachtbestrebung. Wie sich die Dinge entwickeln werden, mit welchen Kräften die andern und in welcher Gestalt schließlich das alte Europa in den Kampf um die Entscheidung, der doch einmal kommen muß, eintreten werden, das läßt sich nicht bestimmt voraussagen, wohl aber läßt sich schon jetzt erkennen, daß die Politik unsrer Tage eigentlich mehr Zukunfts- als Gelegenheitspolitik geworden ist, daß die mazedonische Frage nicht minder wie der russisch-japanische Streit von den zunächst daran beteiligten und auch den fernerstehenden Mächten von dem Standpunkt aus behandelt wird, nicht einen augenblicklichen Vorteil zu erreichen, sondern mit den Möglichkeiten der Zukunft, mit der wirtschaftlichen Vorherrschaft und einer recht großen Einflusssphäre in Asien und in Europa zu rechnen. Daneben schrumpfen innere parteipolitische und nationale Fragen und Streitigkeiten zu rein örtlichen Ereignissen zusammen, die von den betreffenden Kreisen selbst ausgetragen werden müssen, und jedes Volk, das mit solchen Nebendingen seine Kraft und seine Zeit vergeudet, bleibt bei den heutigen Wehen, die die Welt bewegen, zurück. Will aber Deutschland teilnehmen und teilhaben an dem, was sich vorbereitet, so muß es zur See fahren, womöglich an der Spitze.

Der alte deutsche Seefahrerwagemut wird auch wieder lebendig, man vermag es an Tausenden von Einzelheiten zu erkennen. Wer nur einmal zu Urlaubszeiten auf dem Zentralbahnhof in Frankfurt am Main das Drängen und fröhliche Treiben der Scharen von „blauen Jungen“ der Flotte aus den Reichslanden und aus Süddeutschland beobachtet hat, der weiß, daß die nicht blasierte deutsche Jugend ein neues Sehnen durchzieht, daß gerade der Dienst auf der Flotte und die Fahrt ins Ausland in den Leuten einen ganz neuen Begriff vom Vaterland erweckt. Sie haben erlebt, welches Ansehen es bei den Fremden genießt, und sie haben ihm draußen Ehre gemacht durch ihr Auftreten und haben auch Ehren genossen neben den Kameraden von andern Flotten, wenn nicht gar vor ihnen. Denn vom Deutschen in Uniform erwartet man im Ausland etwas besonderes, und sie haben dieses Vertrauen bei jeder Gelegenheit gerechtfertigt. Was treibt nun diese echten „Landratten“ zur See, was hat Hunderttausend bewogen, sich für den Zug nach China zu melden, warum drängen sich Zehntausende zu dem schweren Dienst in Südwestafrika gegen ein wildes Volk? Es ist immer wieder die alte deutsche Kampfeslust, die behend nach dem Schwert faßt, jetzt aber nicht mehr für andre wie in frühern Zeiten, sondern einzig und allein für des Reiches Macht und Herrlichkeit. Mit Riesen-

schritten sind unserm Bewußtsein in den letzten zehn Jahren Länder und Menschen nahe gerückt worden, die uns bis dahin in märchenhafter Unklarheit erschienen waren. Heute weiß schon mancher deutsche Reservist in seinem Heimatdorf zu erzählen, daß er mit dabei war bei dem Sturm auf die große chinesische Mauer, daß er die „verbotne“ Stadt in Peking und den Palast des Sohnes des Himmels selbst gesehen habe, über die unsre Alten nur unsichere, geheimnisvolle Mitteilungen gelesen hatten. Und der Matrose, der heimkehrt vom Dienst zur See, hat gesehen, daß an einzelnen fernen Küsten auch sein Banner weht zum Zeichen dafür: Hier ist deutsches Land! Er hat selbst erlebt, daß die Flagge Deutschlands neben den Zeichen der seemächtigen Staaten gleich angesehen wird, die Landsleute in der Fremde haben ihn begrüßt und in ihm einen Vertreter des Schutzes des Deutschen Reichs gesehen. Er weiß, daß den Deutschen das im Elend der Zerrissenheit fast abhanden gekommene stolze Bewußtsein wieder geworden ist, daß wir ein seefahrendes Volk waren und wieder sind, und daß wir für unsre Nationalflagge überall in der Welt Achtung fordern dürfen und sie auch genießen. Mit Befremden liest oder hört dieser Mann die daheim verbreiteten Mären, daß Deutschland in der Fremde „nicht mehr so ernst genommen werde,“ wie zu den Zeiten Bismarcks. Er weiß es besser, aber er wird es dem Herrn mit der Parteilbrille vor den Augen und dem veralteten Programm im Gehirn, der das geäußert hat, nicht einmal nachtragen, wenn die Entscheidung vorzeitig kommen sollte, wenn der Kaiser rufen muß, bevor die bebrillten Herren ihr Programm endlich so weit überwunden haben, daß das Unerläßliche für die Machtstellung Deutschlands zur See reichlich bewilligt wird. Er wird dem Rufe seines Kaisers unverdrossen folgen, wenn ihm auch infolge solcher Verschleppung das Übermenschliche, der Kampf gegen mehrfache Übermacht, zugemutet wird; er wird für Kaiser und Reich kämpfen, siegen oder sterben „auf oder unter dem Meer.“ Der wilde Todesfanatismus der Japaner, den man heute so rühmt, wird verblaffen vor dem hohen Heldenmut, den die deutsche Marine in den Tagen der Entscheidung entfalten wird, denn sie beseelt der einzige Drang, einst auf dem Wasser nachzuholen, was ihren Kameraden zu Lande schon vor Jahrzehnten für das Vaterland zu leisten vergönnt war.

Was sich jetzt an den Gestaden des Großen Ozeans abspielt — einerlei, wie die vorläufige Entscheidung fallen wird —, ist der Anfang einer gewaltigen Zukunftsentwicklung, die den politischen Schwerpunkt der Welt verschieben wird. Seit den Tagen von Königgrätz und von Sedan sind wir Deutschen Männer geworden, und unsre Jünglingstugenden stehen uns nicht mehr, wir sehen über die europäischen Schlagbäume hinaus, die deutsche Nationalität richtet sich in allen Weltteilen wieder auf. Wir müssen dem Unvermeidlichen aufrecht entgegensehen und seiner Herr zu werden suchen. Die großen Siege haben das Deutschtum in der Welt wieder zur Geltung gebracht, darum nimmt heute Deutschland im Handel der Welt die zweite, im Seeverkehr die dritte Stelle ein, es ist mit der zwingenden Notwendigkeit von Ursache und Wirkung auf die Bahn der Weltpolitik getrieben worden, es hat, ohne Absicht zu spielen, seinen Einfluß erhöht und darf ihn nicht verlieren. Die Umkehr auf der Bahn der Weltpolitik

ist ohne Verzicht auf die politische und die wirtschaftliche Machtstellung des Reiches unmöglich, es handelt sich in der Gegenwart nicht weniger um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkstums als zur Zeit der Herrschaft des großen Napoleon. Während aber der verarmte Bürger von Anno 1813 sein Letztes hergab, um eine große Politik der Tat zu ermöglichen, hat heute der wohlhabende, seit den Siegen der Armee erst reichgewordne Bürger an vielen Orten, namentlich in den volkreichen Städten, für die große Frage der Zeit nichts übrig als die billigen Wortspiele der Zeitungen und die gequälte Ironie der Witblätter. Wenige machen sich Gedanken darüber, was in Ostasien der Preis des Siegers, was die Buße des Unterlegnen sein wird, oder gar wie sich die Folgen für die Welt, und vor allem für uns gestalten mögen. Da die Witblätter aus naheliegenden Gründen für die Japaner Partei ergriffen haben, ist man natürlich auch auf dieser Seite; warum denn auch nicht, hatte sich nicht Bebel im „deutschen“ Reichstage selbst für die Hereros erklärt? Dergleichen ist ja in Deutschland nichts seltnes, die Zeit vor 1866 hat noch viel tollere Dinge gesehen! Die Entwicklung in Ostasien ist nun kaum danach angetan, daß sie sich mit einer einfachen Parteinahme nach Gefühlsrückichten abmachen ließe. Schon haben flüchtige russische Schiffe in einem deutschen Hafen Asyl begehrt, und die Japaner haben auch dabei ihre seltsamen Begriffe von Völkerrecht merken lassen. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß bei der zunehmenden Erbitterung der Kämpfer einmal an Deutschland Zumutungen gestellt werden, die es sich nicht gefallen lassen darf. Dann kann weder die Sympathie der Witblätter noch die Sympathie für diese etwas helfen, dann bedarf es der Umsicht und der Festigkeit der deutschen Staatsmänner und der draußen stehenden Offiziere. Man kann heute nicht voraussehen, was morgen geschehn mag, aber „in Bereitschaft sein ist alles,“ sagt der Dichter.

(Schluß folgt)



## Die private Feuerversicherung

(Fortsetzung)



enn man nun trotz dem schon Gesagten die Klage über zu hohe Prämien damit begründen wollte, daß man auf die im allgemeinen recht guten Dividenden hinweist, die von den Feuerversicherungsaktiengesellschaften an ihre Aktionäre verteilt werden, so ist darauf zu erwidern, daß diese Dividenden eben in der Hauptsache aus den Erträgen der Vermögensmassen stammen, die als eingezahltes Aktientkapital und als Reserven bei den Gesellschaften angesammelt sind. Diese zum Teil ganz gewaltigen Kapitalien haben natürlich eine große Werbekraft in geschickten Händen, sodaß bei gewandter Vermögensverwaltung auch bei ungünstigem Ablauf des industriellen Geschäfts immer noch eine erträgliche Dividende gezahlt werden kann, vorausgesetzt, daß das Mißgeschick